

Antrag an die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ am 16.12.2022

EU- Vorschlag für 50- prozentige Pflanzenschutzmittelreduktion gefährdet Versorgungssicherheit

Österreich hat in den letzten Jahren den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel bereits deutlich reduziert (um gut 18 Prozent seit dem Jahr 2011) und unternimmt hohe Anstrengungen diesen eingeschlagenen Weg auch weiter zu verfolgen.

Die am 22.6.2022 vorgestellten Änderungen und Zielwerte in der Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR-VO) erweisen sich aber als völlig überzogen. Dabei ist bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der eingesetzten Wirkstoffmengen um 50 Prozent vorgesehen, ebenso eine Reduktion um 50 Prozent beim Einsatz gefährlicher Wirkstoffe (sogenannte Substitutionskandidaten). Heftig kritisiert wird auch die völlig undifferenzierte Berechnung der eingesetzten Mengen für die Aufwandsstatistik.

Konkret wird dabei völlig außer Acht gelassen, dass zahlreiche Wirkstoffe ein höheres spezifisches Gewicht aufweisen und somit eine größere Aufwandsmenge benötigen. Diese Wirkstoffe werden vielfach im biologischen Landbau, aber auch in der integrierten Produktion, eingesetzt (z.B. Kupferverbindungen). Zusätzlich wird auch CO₂, welches im Vorratsschutz bei der Lagerung von Obst und Gemüse eingesetzt wird, in der Statistik vollumfänglich mitberücksichtigt, ohne dabei je auf landwirtschaftliche Flächen zu gelangen. Im Jahr 2021 waren knapp 40 Prozent der in Österreich in Verkehr gebrachten Wirkstoffmengen auf das CO₂ zurückzuführen. Österreich ist dabei eines der wenigen Länder in der EU, in dem das CO₂ in die Pflanzenschutzmittelstatistik miteinberechnet wird.

Durch eine pauschale und völlig undifferenzierte Reduktion der Pflanzenschutzmittel besteht daher die begründete Gefahr, dass die Erträge landwirtschaftlicher Kulturen in Europa deutlich sinken werden (laut Schätzungen um bis zu 20 Prozent). Weiters sorgen die geplanten elektronischen Dokumentations- und jährlichen Beratungsverpflichtungen für noch mehr Bürokratie, die für die vielen kleinstrukturierten Familienbetriebe in Oberösterreich nicht zu bewältigen ist. Der Mehraufwand steht in keiner Relation zum Nutzen und wird die Strukturveränderung weiter befeuern. Ein gänzlich Verbot des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in empfindlichen Gebieten (z.B. Natura 2000 Gebiete) würde außerdem dazu führen, dass in solchen Regionen selbst die biologische Landwirtschaft nicht mehr möglich ist.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ verlangt daher mit Nachdruck die Durchführung einer wissenschaftlich fundierten Folgenabschätzung zu den Auswirkungen bei Umsetzung der Reduktionsziele und fordert das bei den Verhandlungen auf EU-Ebene federführende Bundesministerium für Landwirtschaft auf, sich für die nochmalige Diskussion und Anpassung der Inhalte der EU-Pflanzenschutzmittel-Anwendungs-VO einzusetzen. Ansonsten drohen eine Gefährdung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Europa und eine Auslagerung der Produktion in Drittländer mit wenigen bis keinen Umweltstandards.

